

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 7 · 40. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 24.6.2009

Ratschlag

S. 3

Vor den Berliner Gesprächen zur Lösung der Krise bei Opel gaben die Fraktionen Ministerpräsident Rüttgers ihre Forderungen, Einschätzungen, Unterstützung und Kritik mit auf den Weg.

Unrat

S. 6

Der Hausmüll wird derzeit wohnortnah verbrannt. Demnächst sollen Kommunen unter den Müllverbrennungsanlagen in NRW wählen dürfen. Steigert dies den Wettbewerb oder den Mülltourismus?

Rathaus

S. 9-11

NRW steht vor den Kommunalwahlen. Warum die Landespolitik diese Wahl für so wichtig hält und was die Bürgerinnen und Bürger davon haben, thematisiert diese Ausgabe in einem Schwerpunkt.

Expertenrat

S. 15

Für Untersuchungshäftlinge gilt die Unschuldsvermutung. Was dies für ein neues Gesetz zur Untersuchungshaft bedeutet, diskutierten Sachverständige und Abgeordnete im Rechtsausschuss.

Es geht um die Kreise und Kommunen
**Wichtige Wahl
für starke Städte**

Hier
ankreuzen



CDU



SPD



FDP



GRÜNE



Inhalt

Inhalt/Blickpunkt	2
Perspektiven für Bochum	3
<i>Landtag debattiert in aktueller Stunde über die Opel-Zukunft in NRW</i>	
Vom virtuellen und realen Pauker	4
<i>Unterschiedliche Sichtweisen im Plenum zur Lehrersituation</i>	
Studieren, um zu helfen	5
<i>Eine neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe soll in Bochum entstehen</i>	
Weniger Müll – mehr Wettbewerb?	6
<i>Die geplante Neuerung des Abfallwirtschaftsplans ruft die Opposition auf den Plan</i>	
Juliusturm in Sicht?	7
<i>Der Landtag und die geplante Schuldenbremse</i>	
Magere Mädchen	8
<i>Diskussion über Wege aus Schlankeitswahn und Übergewicht</i>	
Schießstände an Schulen	8
<i>Fraktionen sehen den Betrieb der Anlagen kritisch</i>	
Jede Stimme zählt	9
<i>NRW vor den Kommunalwahlen und nach der Europawahl</i>	
Einsatz für die eigene Stadt	10-11
<i>Fragen an die kommunalpolitischen Sprecher der Fraktionen</i>	
Gesetzgebung	12
Gemeinsam vorsorgen	13
<i>Kinder- und Jugendhilfe: Bessere Vorbeugung durch Zusammenarbeit</i>	
Aus den Ausschüssen	14
Grundrechte im Gefängnis	15
<i>Expertenanhörung zur Neuregelung der Untersuchungshaft</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Der Mensch, die Kneipe und der Qualm	18
<i>Anhörung zu den geplanten Änderungen beim Rauchverbot in Gaststätten</i>	
Porträt: Ewald Groth (Grüne)	19
Air Berlin überfliegt FCL	19
Impressum	19
Meldungen	20

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

Leserservice

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de
Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Straßenlaternen und vieles mehr

Sie regeln vieles, was uns im täglichen Leben umgibt. Angefangen von der Versorgung in den eigenen vier Wänden – Stichworte: Gas, Wasser, Strom oder Müllabfuhr – wie auch außerhalb – Stichworte: Straßen, Rad- und Gehwege –, überall haben die Städte und Gemeinden die sogenannte öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen. Aber auch, wann die Straßenbeleuchtung brennt, bis wie viel Uhr man grillen oder den Nachbar mit Musik beschallen darf, was die Bauordnung zum geplanten Anbau sagt oder wie es mit der Haltung von gefiederten oder vierbeinigen Mitbewohnern aussieht, liegt mit in der Regelungskompetenz der kommunalen Ebene. Und nicht zuletzt die Frage, welche Abgaben man für welche Leistung zu zahlen hat.

Die Regelung und Verwaltung kommunalen Lebens berührt uns unmittelbar. Nicht nur der Rückblick in die Geschichte – immerhin hat sich aus der griechischen Polis der Grundgedanke der Demokratie entwickelt –, auch aus den heute von ihnen erwarteten Leistungen ergibt sich, dass man Städte und Gemeinden als Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus bezeichnet. Immerhin schreibt Paragraph 8 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalens vor: „Die Gemeinden schaffen innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohner erforderlichen öffentlichen Einrichtungen.“ Um das sicherstellen zu können, sind sie ja auf ihrem Gebiet auch die eigenverantwortlichen Träger der öffentlichen Verwaltung (für die Kreise gelten diese Regelungen entsprechend).

Es gibt also viele Gründe, weshalb man sich dafür interessieren sollte, was in der eigenen Gemeinde, im eigenen Kreis wie geregelt ist. Die Gemeindeordnung gibt hierzu vielfältige Möglichkeiten, ausgehend von dem Grundsatz: „Die Verwaltung der Gemeinde wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt.“ (§40) In der Regel ist der Rat der Gemeinde (bzw. der Kreistag) für die Angelegenheiten der Gemeinde (bzw. des Kreises) zuständig; Haushaltsfragen und die Grundsätze, nach denen die Verwaltung geführt werden soll, kann er nicht auf andere Gremien übertragen. Und ganz wichtig: Seine Sitzungen sind öffentlich.

Die Bürgerinnen und Bürger können und sollen sich also einbringen. Ihre Mitwirkung ist erwünscht. Insbesondere, aber nicht nur, am Wahltag, wenn es gilt, das eigene Stadtparlament, den eigenen Kreistag neu zusammenzustellen. Eine hohe Wahlbeteiligung sichert eigenen Einfluss und stärkt die Bürgervertretung. Wählen können Sie am 30. August 2009. Für Urlauber: Auch Briefwahl ist möglich.

CV

Perspektiven für Bochum

Landtag debattiert in aktueller Stunde über die Opel-Zukunft in NRW

27. Mai 2009 – Bevor die Bundesregierung gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern und interessierten Investoren in Berlin über Perspektiven für Opel beriet, debattierte der nordrhein-westfälische Landtag in einer aktuellen Stunde über die Position der Landesregierung in den Gesprächen. Während die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen die schwarz-gelbe Regierungskoalition „tief gespalten“ in der Opel-Frage sahen, erklärten CDU und FDP, sie wollten sich auch weiterhin gemeinsam für den Standort Bochum einsetzen. Ministerpräsident Rüttgers erkannte vor seiner Abreise nach Berlin Gemeinsamkeiten in den Beiträgen aller vier Fraktionen.

Klarheit über die Position der Landesregierung in den Verhandlungen forderte **Reiner Priggen** (Grüne). Durch ein „Zickzack-Spiel“ der FDP sei die schwarz-gelbe Koalition in der Opel-Frage hoch zerstritten. Die FDP habe sich in wenigen Tagen von ihrer selbst zugeschriebenen Rolle als „ordnungspolitischer Blindenhund der CDU“ längst zu einem „Wackeldackel“ gewandelt, so seine Meinung. Priggen berief sich dabei auf ein Zitat des FDP-Abgeordneten Christian Lindner, der in der Opel-Debatte den „casus belli“, den Kriegsfall, für die Regierungskoalition gesehen hatte. Die Landesregierung, so erklärte Priggen, müsse offenlegen, wie groß das finanzielle Risiko bei einer staatlichen Beteiligung an Opel für das Land Nordrhein-Westfalen sei.

„Lassen Sie uns nicht in politisches Kleinklein zerfallen“, meinte **Oliver Wittke** (CDU). Den Grünen warf Wittke vor, politisches Kapital aus einer wirtschaftlich schwierigen Situation ziehen und sich auf dem Rücken der Opel-Beschäftigten profilieren zu wollen. Für die CDU-Fraktion komme es darauf an, die Marke Opel zu retten, den Standort Bochum zu erhalten und möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern, sagte Wittke. Eine staatliche Beteiligung an Opel müsse allerdings an Bedingungen geknüpft sein, damit das Geld nicht in die USA und an den Mutterkonzern General Motors abfließe. Zunächst jedoch seien die Verhandlungsergebnisse aus Berlin abzuwarten, wandte sich Wittke gegen ein voreiliges Handeln.

„In den Zielen sind wir mit der CDU einig“, sagte **Hannelore Kraft** (SPD), „aber wir gehen noch einen Schritt weiter“. Für die SPD stehe fest: „Wir wollen keine betriebsbedingten Kündigungen in Bochum.“ Umso mehr sei das „unverantwortliche Gerede“ des Bundeswirtschaftsministers über eine mögliche Insolvenz von Opel zu kritisieren. Kraft sah die Zukunft des Bochumer Opel-Werks außerdem durch die Position der nordrhein-westfälischen FDP gefährdet. Diese habe nicht verstanden, dass es für den Staat „erheblich günstiger“ sei, Arbeitsplätze durch Staatshilfen zu erhalten als

Arbeitslosigkeit zu finanzieren. „Wir brauchen jetzt keine ordnungspolitischen Grunddebatten“, meinte die Fraktionsvorsitzende.

„Ein Milchmädchen-Plädoyer für unbegrenzte Staatswirtschaft“ sah **Dr. Gerhard Papke** (FDP) in der Rede von Hannelore Kraft. Den Prozess um die Rettung von Opel betrachte er mit großer Skepsis, wenn in Berlin milliardenschwere Subventionen und Staatsbürgschaften gefordert würden. „Auch die FDP will den Mitarbeitern von Opel und ihren Familien helfen“, so der Fraktionsvorsitzende. „Allerdings geht es uns um die Zukunft der Menschen und nicht um den Erhalt von Strukturen.“ Daher sei es eine „Frechheit“ der SPD, Opel eine „Ewigkeitsgarantie“ zusagen zu wollen. In allererster Linie müsse es gelingen, Opel wieder wettbewerbsfähig zu machen, hob Papke das aus seiner Sicht oberste Ziel hervor.

„Die Landesregierung befindet sich in intensiven Verhandlungen und ist bestens aufgestellt“, versicherte **Wirtschaftsminister Christa Thoben** (CDU) den Abgeordneten. Es sei richtig, eine staatliche Unterstützung an Zusagen der privaten Investoren zu knüpfen. Wie Thoben betonte, dürfe sich die Höhe der staatlichen Übergangshilfen nicht an den jetzigen, sondern müsse sich an den zukünftigen Arbeitsplätzen bei Opel orientieren.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) stellte Gemeinsamkeiten in den Redebeiträgen aller vier Fraktionen fest. Allen Fraktionen im Landtag sei daran gelegen, den Opel-Standort Bochum zu retten und zu verhindern, dass öffentliche Hilfen für Opel als „Blankoscheck“ an die privaten Investoren ausgestellt würden. „Für diese Übereinstimmungen bedanke ich mich“, sagte der Ministerpräsident im Plenum. Es sei nicht das Ziel der Verhandlungen, einen politischen Kompromiss für Opel zu finden. Vielmehr müsse es gelingen, eine unternehmerisch tragfähige Lösung für den Konzern zu finden, Opel bald wieder auf eigene Beine zu stellen und zugleich möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.

SW

Foto: Schälte

Vom virtuellen und realen Pauker

Unterschiedliche Sichtweisen im Plenum zur Lehrersituation

28. Mai 2009 – Gibt es genügend Lehrkräfte oder gibt es sie nicht? Eine Frage, die Regierung und Opposition unterschiedlich beantworten. In der aktuellen Stunde jedenfalls schien Einigkeit darüber zu bestehen, dass genügend Stellen vorhanden sind. Ob die tatsächliche Besetzung ausreicht, wie viel Unterricht ausfällt, warum Stellen eventuell nicht besetzt werden können – Stoff für eine hart geführte Auseinandersetzung. Beide Seiten geizten dabei jedenfalls nicht mit Zahlen und Statistiken. Eine Debatte, die nach Ankündigung aller Fraktionen den Landtag bis zur nächsten Wahl begleiten wird.

„Unfair, unseriös und falsch.“ So der Abgeordnete **Klaus Kaiser** (CDU) über die von der SPD vorgelegten Zahlen zur aktuellen Lehrersituation. Im Vergleich zu 2005 seien 6.915 neue Lehrerstellen geschaffen worden. Zusätzlich habe man 7.530 Stellen, die aufgrund sinkender Schülerzahlen eigentlich hätten abgebaut werden müssen, im Dienst belassen. Und die Zahl der Referendarinnen und Referendare um rund 2.500 erhöht. Daher sei es verständlich, dass bei der jüngsten Anhörung die Schulleiterinnen und Schulleiter einhellig zu dem Schluss gekommen seien, dass sich bei der Lehrerversorgung die Situation erheblich verbessert habe. Im Gegensatz dazu habe die SPD zum Ende ihrer Regierungszeit geplant, bis 2013 rund 16.000 Lehrerstellen zu streichen. Bei der Erhebung ihrer Zahlen habe sie methodisch unsauber gearbeitet.

„Der Unterrichtsausfall konnte mehr als halbiert werden“, betonte auch **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP). Der Lehrerberuf in NRW werde inzwischen zu über 103,5 Prozent abgedeckt; dies seien 4 Prozentpunkte mehr als zuletzt unter Rot-Grün (99,5 Prozent). Bei 64.000 weniger Schülerinnen und Schülern gebe es heute eine

deutlich bessere Versorgung mit Lehrkräften als 2005. Allerdings müsse man den „Raubbau an der Bildung“ beheben, die die Vorgängerregierung damit geschaffen habe, dass sie die Lehrerinnen und Lehrer als Vorgriff einfach mehr habe arbeiten lassen. Damit habe die SPD einen „verantwortungslosen“ Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, da diese damalige Mehrarbeit heute ausgeglichen werden müsse. Die SPD unterschläge wissentlich Lehrerstellen und verunsichere Schülerinnen, Schüler und Eltern.

„Jürgen Rüttgers hat die Menschen im Land getäuscht.“ **Ute Schäfer** (SPD) sah die Versprechen aus dem letzten Landtagswahlkampf nicht erfüllt. Statt eines Zuwachses sei festzustellen, dass an 2.600 Schulen 4.000 Lehrkräfte zur Erteilung des regulären Unterrichts fehlten. Dies ergäben die Antworten der Landesregierung auf 85 Kleine Anfragen zur Situation in 25 Kreisen und 17 kreisfreien Städten. Damit seien Unterrichtsausfälle von 4 Millionen Stunden vorprogrammiert. Rechne man Ausfälle durch Krankheit, Fortbildung, Elternzeiten etc. sowie Konferenztage hinzu, komme man auf 6 Millionen Stunden Unterrichtsausfall. Die Landesregierung

verfolge eine „Vernebelungstaktik“: Viele der ausgewiesenen Stellen seien in der Realität nicht besetzt. Und „virtuelle Lehrer“ könnten keinen Unterricht geben.

„Verantwortungslose Zahlenspiele auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern“, attackierte auch **Sigrid Beer** (Grüne) die Regierungsfaktionen. Diese sprächen oft über virtuelle Stellen. So weise der Stellenplan eine Abdeckung von 104,1 Prozent aus, die faktische Stellenbesetzung liege aber nur bei 100,1 Prozent – eine Differenz von 4 Prozentpunkten. Außerdem würden die Stellen für unterschiedliche Bedarfe doppelt gebucht. Selbst wenn man von einer Erhöhung der Lehrerstellen ausgehe, so würde die einzelne neue Stelle so angepriesen, als sei sie alles gleichzeitig: eine Stelle gegen den Unterrichtsausfall, für individuelle Förderung, für den Ganztagsausbau, für ergänzendes Personal. Beers Fazit: „Der Unterrichtsausfall im Land ist viel größer, als Sie uns hier weismachen wollen.“

„Der Unterrichtsausfall liegt mit 2,0 Prozent auf dem niedrigsten Stand“, konterte **Schulministerin Barbara Sommer** (CDU). 758 große Klassen seien in kleine aufgeteilt und die Zahl der Lehrerstellen erhöht worden. Auch die SPD behauptete ja mittlerweile nicht mehr, es gebe zu wenig Stellen. Bei ihrer Berechnung der tatsächlichen Personalsituation habe die SPD dann „trickreich“ nur die Schulen mit einer vermeintlichen Unterdeckung einbezogen. Nach dem Lehrereinstellungserlass vom 20. Dezember 2008 sei grundsätzlich jede freie Stelle auszu-schreiben und zwar für die von der jeweiligen Schule gewünschten Fächerkombination. Wenn sie nicht besetzt werden könne, dann aufgrund der falschen Signale, die die SPD in ihrer Regierungszeit gesetzt habe. Und die Ausbildung von Nachwuchskräften benötige nun mal Zeit. *cw*



Zum Antrittsbesuch...

... kam **Rafael Dezcallar**, der Botschafter des Königreichs Spaniens, am 17. Juni 2009 ins nordrhein-westfälische Parlamentsgebäude. Landtagsvizepräsidentin **Angela Freimuth** (FDP) empfing den Gast, der sich ins Gästebuch des Landtags eintrug. *Foto: Schälte*

Studieren, um zu helfen

Eine neue Fachhochschule für Gesundheitsberufe soll in Bochum entstehen

28. Mai 2009 – In Bochum entsteht ein Gesundheitscampus. Kernstück ist eine neue Fachhochschule (FH), an der nach Planung der Landesregierung ab 2010 jährlich 300 Studierende im nicht ärztlichen Gesundheitsbereich akademisch ausgebildet werden sollen. Um diesen Zeitplan zu halten, hat die Regierung einen Gesetzentwurf (Drs. 14/9249) eingebracht. Zuständig soll der Wissenschaftsminister sein – Hauptkritikpunkt der Opposition.

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung werde anspruchsvoller und komplexer, begründete Wissenschaftsminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP) den Trend hin zur Akademisierung der Geburtshilfe, Ergo- und Physiotherapie, Logopädie und

„Fordern Sie die Berücksichtigung der fachlichen Kompetenz Ihres Hauses ein, und zwar jetzt, wo es noch möglich ist.“ Die ärztliche, die pflegerische und die Arbeit „nicht ärztlicher Heilberufler“ müssten wie Zahnräder ineinander greifen.

sondern auch in die Zukunft der Gesellschaft. 2050 seien schließlich ein Drittel aller Deutschen älter als 60 Jahre. Für den Innovationsstandort NRW spiele die FH eine wichtige Rolle, die Medizinforschung und -technik bilde bereits heute einen der Schwerpunkte der hiesigen Forschungslandschaft. Auch der Standort Bochum sei richtig gewählt: Im Umfeld der Fachhochschule würden viele neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen – für die ehemalige Bergbaustadt, die auch andere strukturelle Veränderungen zu meistern habe, eine wichtige Stärkung.



Fotos: Schälte

Wissenschaftsminister
Prof. Andreas Pinkwart (FDP)

Heike Gebhard (SPD)

Rudolf Henke (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Barbara Steffens (Grüne)

der Kranken- und Altenpflege. In der stark wachsenden Branche der Gesundheitswirtschaft könne man aber nach wie vor auch mit Haupt- und Realschulabschluss an Fachschulen qualifizierte Berufe erlernen. Die Kosten für den Auf- und Ausbau der neuen Fachhochschule in staatlicher Trägerschaft bezifferte Pinkwart auf 235 Millionen, die für den jährlichen Betrieb auf 26 Millionen Euro. Die FH werde nicht nur die Hochschullandschaft bereichern, sondern auch Impulse für die Medizinforschung und -technik liefern.

Heike Gebhard (SPD) äußerte strukturelle Kritik am Gesetzentwurf. Wegen des sogenannten Hochschulfreiheitsgesetzes könne der zuständige Fachminister für Gesundheit und Soziales Laumann nur in der Gründungsphase mitbestimmen, und gerade dies sei im Gesetzentwurf nicht geregelt. Außerdem hielt sie es für wichtig, die Ausgestaltung der Curricula mit den Berufsverbänden, den Fachschulen und den Institutionen als späteren Arbeitgebern abzustimmen. Dass sich alles von allein regeln werde, sei ein frommer Wunsch. Daher appellierte sie an Laumann:

Natürlich, erwiderte Rudolf Henke (CDU), sei das Gesundheitsministerium für die berufsrechtlichen Aspekte zuständig. Mit dem Gesundheitscampus und der neuen Fachhochschule wolle NRW in der Gesundheitsforschung in dieselbe Liga gelangen, in der etwa die National Institutes of Health der USA oder das Robert-Koch-Institut auf dem Gebiet der anwendungsorientierten Forschung spielten. Deswegen sei es richtig, viele zentrale Instanzen zu bündeln. Auch der CDU-Sprecher betonte, dass es zu keiner Abwertung oder Verdrängung der nicht akademischen Gesundheitsberufe komme. In diesem Bereich gebe es über 100.000 Fachkräfte, während an der Fachhochschule ab 2010 – „ein ehrgeiziger Zeitplan“ – jährlich nur etwa 300 neu eingeschriebene Studentinnen und Studenten lernten.

Christian Lindner (FDP) sah die Gründung der FH auch als Maßnahme im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege. Zudem sei ein Gesundheitsberuf nicht nur eine Investition in die eigene Zukunft,

„Das tut Bochum mit Sicherheit gut“, bestätigte Barbara Steffens (Grüne). Sie fragte allerdings, was alles im Land zerschlagen werde, um es dort zu konzentrieren. Einfacher und effektiver wäre gewesen, die neuen akademischen Heilberufe an einer bestehenden Fachhochschule anzudocken, meinte sie; eine Bochumer Außenstelle hätte Doppelstrukturen vermeiden können. Dagegen habe die Landesregierung schließlich selbst „gewettert“. Auch die Grünen-Sprecherin sah hinter der Planung mehr Fragezeichen als Ausrufezeichen: „Wie soll das Ganze funktionieren? Wer entscheidet was? Wie und wann werden diejenigen, die in dem Bereich kompetent sind, gefragt?“ Dass der fachlich zuständige Minister am Katzentisch sitzen solle, sei nicht im Interesse der Heilberufe, kritisierte sie. *sow*

Der Landtag hat den Gesetzentwurf zur Fachberatung einstimmig an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie – federführend – und an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Weniger Müll – mehr Wettbewerb?

Die geplante Neuerung des Abfallwirtschaftsplans ruft die Opposition auf den Plan

27. Mai 2009 – Die Landesregierung müsse sich den Konsequenzen ihres Abfallwirtschaftsplans stellen (Drs. 14/9295), fordert die SPD-Fraktion in einem Eilantrag und befürchtet Mülltourismus auf nordrhein-westfälischen Autobahnen. Bisher wird der Hausmüll in der Regel wohnortnah verbrannt. Zukünftig sollen alle Kommunen die Möglichkeit haben, die für sie jeweils preisgünstigste Müllverbrennungsanlage in NRW zu nutzen. CDU und FDP erhoffen sich durch mehr Wettbewerb niedrigere Müllgebühren für die Bürgerinnen und Bürger, SPD und Grüne befürchten Nachteile für die Kommunen.

Der Entwurf des Abfallwirtschaftsplans gehörte in die Mülltonne, fand **Stephan Gatter** (SPD). Es werde zu einem Zweiklassensystem bei den Müllgebühren kommen: Wenige würden profitieren, viele hingegen mehr zahlen müssen. Die Behauptung, mehr Wettbewerb erhalte hohe Umweltstandards bei der Entsorgung und führe zu Preisstabilität für die Bürgerinnen und Bürger, sei „abenteuerlich“. Auf den Straßen und Autobahnen werde ein rollendes Zwischenlager entstehen, wenn künftig jede Kommune den Hausmüll dort verbrenne, wo es für sie am günstigsten sei. Dies bedeute auch fehlende Investitionssicherheit für die Betreiber von Müllverbrennungsanlagen, denn niemand könne wissen, ob genug Abfall ankomme, damit sich eine Modernisierung rentiere.

Der Koalition, erwiderte **Hubert Schulte** (CDU), gehe es nicht vorrangig darum, Müllverbrennungsanlagen auszulasten, sondern vielmehr darum, Müll zu vermeiden. Er lobte den Entwurf als einen Schritt hin zu einer ökologisch verantwortbaren, ökonomisch tragbaren, wettbewerbsorientierten und sozial akzeptablen Abfallwirtschaft. Preisdumping auf Kosten der Umwelt wolle man nicht dul-

den. Auch Mülltourismus quer durchs Land sei nicht zu erwarten, schließlich verursache der Transport wieder zusätzliche Kosten, was nicht im wirtschaftlichen Interesse der Städte und Gemeinden sei. Durch mehr Wettbewerb erwarte man eine Senkung der Müllgebühren. Die Koalitionsfraktionen stünden hinter dem Entwurf der Landesregierung, bekräftigte der CDU-Sprecher.

„Dass wir heute weniger Müll haben“, lobte **Holger Ellerbrock** (FDP), „ist ein Erfolg der Abfallwirtschaft“. Ein Nachfragemarkt und mehr privatwirtschaftliche Instrumente seien da ganz vernünftig. Markttransparenz komme den Bürgerinnen und Bürgern zugute, und die Kommunen sollten darüber entscheiden können, ob sie die Entsorgung selbst übernehmen oder sich einen Dritten suchen wollten. „Lasst den Kommunen die Entscheidungsfreiheit!“, forderte er. Man könne nicht Entsorgen, die ihre Anlagen erneuerten, für die Zeit, bis sich dies rentiert habe, bestimmte Müllmengen garantieren – sei der eine fertig, fange der andere an. „Die Forderung, Zwangszuweisung nach Abschreibungszeiträumen für immer festzuschreiben, geht mit uns mit Sicherheit nicht!“

Johannes Remmel (Grüne) dankte seinem Vorredner für die Offenheit, denn nun sei klar, dass die Regierung eine Privatisierung und völlige Liberalisierung anstrebe. Wenn Kommunen wegen ausbleibender Müllmengen ihre Anlagen nicht mehr halten könnten, müssten sie diese verkaufen, erklärte er und warf CDU und FDP vor: „Sie werfen den Privaten die Anlagen in den Rachen.“ Dies führe erfahrungsgemäß zu einer Monopolstellung in der Entsorgung und ziehe – wegen fehlenden Wettbewerbs – nicht niedrigere, sondern höhere Müllgebühren für die Verbraucherinnen und Verbraucher nach sich. Wenn der Müll nicht mehr wohnortnah verbrannt werde, bedeute dies auch das Ende der Solidarität der Kommunen untereinander, denn nicht alle hätten eine eigene Anlage bauen können.

„Sie malen ein Schreckensgemälde, das nicht eintreffen wird“, verteidigte **Umweltminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) seinen Entwurf des Abfallwirtschaftsplans. Der Eilantrag beruhe auf einer nicht zutreffenden Analyse. Von Mülltourismus sei nicht auszugehen, und der Grundsatz der Nähe werde weiterverfolgt. In drei von fünf Regierungsbezirken bestehe bereits die Situation, die mit dem Entwurf angestrebt werde. Die meisten Müllverbrennungsanlagen seien gar nicht in privater Hand, trat er dem Privatisierungsvorwurf entgegen. Und ob die Opposition tatsächlich glaube, die Landesregierung würde es zulassen, etwa 8 Millionen Tonnen Müll durch NRW zu transportieren? „Wir setzen im Gegensatz zu Ihnen auf die Vernunft der kommunalen Ebene.“ *sow*

Der Eilantrag (Drs. 14/9295) wurde mit den Stimmen von CDU und FDP mehrheitlich abgelehnt. Auch einen Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion (Drs. 14/9312) lehnte die Parlamentsmehrheit ab.



Zunächst zum letzten Mal ...

... im Landtag zu Gast: **Ilan Mor**, der Gesandte der Botschaft des Staates Israel (hier links im Bild vom 2. April 2009 mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, 1. Vizepräsident **Edgar Moron**, SPD), geht im Sommer turnusgemäß zurück in die Zentrale des Israelischen Außenministeriums. Im Gespräch ging es unter anderem um die Chancen für Sicherheit und Frieden im Nahen Osten, aber auch die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Foto: Schälte

Juliusturm in Sicht?

Der Landtag und die geplante Schuldenbremse

27. Mai 2009 – In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Schulden der öffentlichen Hand ständig erhöht. Abzahlen sind sie von der jetzigen wie auch von den kommenden Generationen. Mit Blick darauf, aber auch vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise diskutieren Bund und Länder über eine Schuldenbremse. Weniger über das Ziel, mehr über den Weg stritten sich die Fraktionen im Landtag Düsseldorf.

„Wir haben es in der Vergangenheit nicht geschafft, ausreichend Schutz für künftige Generationen aufzubauen.“ Volkmar Klein (CDU) betonte den generationenübergreifenden Aspekt der Schuldenbegrenzung. 1.600 Milliarden Euro seien bereits an expliziten Staatsschulden angehäuft worden; hinzu kämen Pensionszusagen und vieles mehr. In NRW müsse man heute jeden zehnten Euro für Zinszahlungen reservieren. Ein Mentalitätswechsel sei dringend erforderlich. Ab 2020 solle für die Länder ein komplettes Verbot von Neuverschuldung gelten, der Bund könne – vorübergehend – noch eine Defizitobergrenze von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts realisieren. Um die Handlungsfähigkeit der Landesregierung aufrechtzuerhalten, müsse man erstens im Bundesrat dem Kompromiss zustimmen und zweitens an der Umsetzung in der Landesverfassung arbeiten.

Auch Angela Freimuth (FDP) sah die nun gefundenen Kompromisse zur Schuldenbremse als Schritt in die richtige Richtung. Wenn NRW in den 90er-Jahren seine Schulden fast verdoppelt habe und heute jährlich 5 Milliarden Euro nur für

Zinsen (nicht Tilgung) ausgeben müsse, sei es geboten, die Nettokreditaufnahme herabzuführen. Um dann am Ende Geld zu haben für wichtige Aufgaben in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Forschung etc. Die FDP-Sprecherin wünschte sich, dass sich der Bund auch an das kommende Verschuldungsverbot halte; eine Aufweichung bei den Ländern lehnte sie jedenfalls strikt ab. Für die Übergangszeit bis 2020 und gerade jetzt in der Krise müsse man allerdings die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um die allerorts wegbrechenden Steuereinnahmen auszugleichen.

„Mit der Ernsthaftigkeit, mit öffentlichen Einnahmen eine zusätzliche Verschuldung zu vermeiden, ist es bei der Koalition nicht so weit her.“ Hans-Willi Körfges (SPD) unterstützte einerseits die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, wandte sich andererseits aber dagegen, über eine Schuldenbremse zu entscheiden, ohne dass eine mittel- bis langfristige Finanzplanung vorliege. Der beschworene Mentalitätswechsel scheine also eher eine „virtuelle Veranstaltung“ zu sein. Geklärt werden müsse auch, ob der Föderalismus auch zukünftig eine auf Länderebene „selbstverwaltete Veranstaltung“ sei oder ob die Länder nur noch am Tropf des Bundes hingen. Körfges betonte, in der ursprünglichen Koalitionsvereinbarung habe es eben auch für die Länder die Möglichkeit einer eingeschränkten Verschuldung gegeben.

„Wir sind für eine funktionierende Schuldenregelung mit mehr Handlungsspielraum für die Länder in Fragen der Steuerpolitik“, erklärte Ewald Groth (Grüne), „verbunden mit einer vernünftigen und funktionsfähigen Altschuldenhilfe für die Länder“. Das Ziel der aktuellen Debatte jedoch sei es, von der „Rekordverschuldung“ der derzeitigen Landesregierung abzulenken. Der Finanzminister solle doch erst einmal erklären, durch welche Maßnahmen er für einen ausgeglichenen Haushalt sorgen wolle, da er doch auch in den vergangenen guten Zeiten keine Vorsorge betrieben habe. „Sie haben nicht ansatzweise ein Konzept und versuchen, den Menschen Sand ins Auge zu streuen“, attackierte der Grüne die Regierungskoalition. Der Kompromiss zur sogenannten Schuldenbremse löse nicht die Probleme in NRW.



Hans-Willi Körfges (SPD)



Ewald Groth (Grüne)



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)

Fotos: Schälte

„Ich habe von Herrn Groth und Herrn Körfges eine Ablehnung gegenüber den Bemühungen in Berlin gehört“, so Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU). Für sie bestehe Politik offensichtlich darin, neue Schulden zu machen. Im Übrigen habe aber die SPD mit Hinweis auf einen möglichen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern eine größere Steuerautonomie verhindert. Und schließlich liege die mittelfristige Finanzplanung vor; nach Jahren der Konsolidierung stehe nunmehr eine schwierige Zeit bevor. Dennoch halte die Regierung am Ziel fest, spätestens bis 2020 einen schuldenfreien Haushalt zu erreichen. Die Diskussion habe gezeigt, dass eine entsprechende Regelung im Grundgesetz keinen überproportionalen Eingriff in die Autonomie der Bundesländer darstelle. *cw*

Der Antrag von CDU und FDP (Drs. 14/9259) einschließlich des Entschließungsantrags des Abgeordneten Sagel (Drs. 14/9301) wurde an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen.



Volkmar Klein (CDU)



Angela Freimuth (FDP)

Magere Mädchen

Diskussion über Wege aus Schlankeitswahn und Übergewicht

27. Mai 2009 – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP wollen mit ihrem Antrag ein „Zeichen setzen gegen Schlankeitswahn und extremes Übergewicht“ (Drs. 14/9258). Die Opposition vermisst konkretes Handeln.

Fast die Hälfte der 11- bis 17-Jährigen finde sich zu dick, zitierte Maria Westerhorstmann (CDU) eine Jugendmagazin-Studie. Auch Jungen seien nicht frei von fragwürdigen Schönheitsidealen, gingen allerdings entspannter damit um. Bei Mädchen mündeten sie in Essstörungen und Gesundheitsproblemen, teils mit tödlicher Folge. Da eine wesentliche Ursache im Frauenbild in der Medien- und Modewelt liege, gelte es, einen Bewusstseinswandel herbeizuführen. Die Begriffe „Schönheit“ und „Schlankeitswahn“ müssten entkoppelt werden.

Auch die stetig steigende Zahl übergewichtiger Kinder und Jugendlicher, ergänzte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP), sei alarmierend. Sie kritisierte einen nicht sachgerechten öffentlichen Umgang mit Schlankeitswahn und Übergewicht. Allerdings seien nicht nur die Medien in der

Pflicht, sondern auch die Elternhäuser, die es gelte, dabei zu unterstützen. Der Politik komme „die Rolle des Aufrüttelnden“ zu. Sie verwies auf bisherige Aktivitäten der Landesregierung und forderte, die Problematik in der Jugendarbeit stärker zu berücksichtigen.

Ursula Meurer (SPD) verwies auf die Handlungsempfehlungen, die eine Enquetekommission des Landtags bereits 2004 erarbeitet habe. Diese hätten CDU und FDP längst umsetzen müssen. „Sie bitten wieder einmal und fordern nicht zum Handeln auf“, kritisierte sie. Im Antrag vermisse sie zudem etwa die Leitlinien gegen Fettleibigkeit, die die Adipositas-Gesellschaft aufgestellt habe. Fettleibigkeit korreliere mit dem sozialen Status, eine gesunde Ernährung könne auch am Geldbeutel scheitern, gab die SPD-Sprecherin zu bedenken.

Eine Regierungsfraktion, warf Barbara Steffens (Grüne) der CDU vor, habe mehr als nur die Aufgabe, auf ein Problem aufmerksam zu machen. Lösungsansätze sehe sie im Antrag allerdings nicht, selbst die Ist-Beschreibung sei unzureichend. Die Angebote für Mädchen mit Bulimie und ihre Eltern etwa gingen gegen Null. „Beschäftigen Sie sich erstens mehr mit den Zahlen und Grundlagen, zweitens mehr mit dem, wo die jungen Frauen erreichbar sind, und drittens kneifen Sie nicht an der Stelle, wo es Geld kostet!“, forderte sie die CDU auf.

Den Antrag von CDU und FDP verstand Frauen- und Familienminister Armin Laschet (CDU) als Bestätigung der bisherigen Arbeit der Landesregierung und als Aufforderung, darin nicht nachzulassen. In NRW gebe es etwa 100.000 Magersüchtige und 300.000 Bulimiekranken, darunter sehr häufig jugendliche Mädchen. Neun Prozent der Kinder und Jugendlichen seien übergewichtig. Als eine Maßnahme dagegen nannte er die 250 Bewegungskindergärten in NRW. Das Landesprogramm „Bildung und Gesundheit“ berücksichtige das Thema Essstörung als einen Schwerpunkt. sow

Der Antrag wurde einstimmig in den Frauenausschuss – federführend – überwiesen. Mitberatend tätig werden die Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Generationen, Familie und Integration.

Schießstände an Schulen

Fraktionen sehen den Betrieb der Anlagen kritisch

27. Mai 2009 – Nach dem Amoklauf von Winnenden sorgten Medienberichte über Schießanlagen an Schulen für Aufruhr. Die Grünen fordern daher in einem Antrag (Drs. 14/9263), die Landesregierung solle sich schnellstmöglich einen Überblick über die Anzahl der Schießstände verschaffen. Außerdem müsse gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden überlegt werden, wie die Anlagen beseitigt werden könnten. Die Regierungsfaktionen lehnten den Antrag ab, da die Landesregierung längst entsprechende Initiativen ergriffen habe.

„Schießanlagen, Waffen und Munition haben in Schulgebäuden grundsätzlich nichts verloren“, erklärte Sigrid Beer (Grüne). Es gehe nicht darum, Sportschützen allgemein zu diskreditieren, aber gerade nach den Amokläufen von Winnenden und Erfurt sei von den Vereinen zu erwarten, „dass sie nicht in eine Wagenburgmentalität verfallen, sondern sich mit höchster Sensibilität der Problematik stellen“.

Die Nachricht von Schießstätten in Schulen erhalte durch aktuelle Ereignisse eine besondere Brisanz, sagte Horst Ellinghaus (CDU). Den Forderungen der Grünen habe sich die Landesregierung

aber längst angenommen. Ziel könne es nur sein, die verantwortlichen Träger zu einer freiwilligen Verpflichtung zu bewegen, keine Schießstände mehr in den Schulgebäuden unterzubringen.

„Sehr viele Vereine verhalten sich seit Jahrzehnten vorbildlich mit den Waffen und der Munition“, betonte Thomas Stotko (SPD). Dennoch müsse der Landtag fragen, ob die Sportschützen tatsächlich in Schulen trainieren müssten. Schulministerin Sommer habe in dieser Sache „herzlich wenig getan“. „Damit lassen Sie die Eltern wie auch die Schützen alleine“, kritisierte Stotko die Ministerin.

Ablehnend stand Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) dem Antrag der Grünen gegenüber, da die Landesregierung bereits tätig geworden sei. „Wir sollten uns bei den Schießständen davor hüten, einen politischen Schnellschuss abzufeuern“, sagte die Liberale. Erst auf der Grundlage von erhobenen Daten sei zu bewerten, ob und in welcher Weise es politischen Handlungsbedarf gebe.

„Ich habe keine Vorbehalte gegen den Schießsport“, machte Schulministerin Barbara Sommer (CDU) deutlich. Allerdings halte sie es für bedenklich, „wenn dieser Sport in Gebäuden stattfindet, in denen unsere Kinder unterrichtet und erzogen werden“. Sommer zeigte sich zuversichtlich, dass gemeinsam mit den Vereinen eine konstruktive Lösung gefunden werde. sow

In 122 Schulen und 29 Sporthallen gebe es zurzeit Schießstände in Nordrhein-Westfalen, berichtete Ministerin Sommer am 10. Juni dem Schulausschuss. Nach einem Gespräch mit den Kommunalen Spitzenverbänden sei vereinbart worden, sämtliche Anlagen auf Sicherheit zu kontrollieren.

RATHAUS

Jede Stimme zählt

Nordrhein-Westfalen vor den Kommunalwahlen und nach der Europawahl

Juni 2009 – „Das Volk bekundet seinen Willen durch Wahl, Volksbegehren und Volksentscheid.“ So steht es in Artikel 2 der NRW-Landesverfassung. Gleich dreimal können die Wählerinnen und Wähler im „Super-Wahljahr 2009“ zur Urne schreiten und mit ihren Stimmen die Politik von morgen bestimmen. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai und vor der Bundestagswahl Ende September stehen am 30. August 2009 die Kommunalwahlen bevor. Die politischen Akteure in den Kommunen und auch auf Landesebene können gespannt sein, wie sich die Wählerinnen und Wähler entscheiden werden.

In 23 kreisfreien Städten, in 373 kreisangehörigen Gemeinden sowie in 31 Kreisen werden am 30. August die Mitglieder der kommunalen Vertretungen auf die nächsten fünf Jahre gewählt. Zugleich finden – bis auf wenige Ausnahmen – fast landesweit die Direktwahlen der (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister sowie der Landrätinnen und Landräte statt. Nachdem der Landtag Nordrhein-Westfalen im Herbst 2007 die Gemeindeordnung geändert hat, werden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Landrätinnen und Landräte nun nicht mehr auf fünf, sondern auf sechs Jahre in ihr Amt gewählt. In den Gemeinderäten, in den Kreistagen und Bezirksvertretungen spiegeln die politischen Akteure den Willen der Wählerinnen und Wähler wider. Umso entscheidender ist die Frage, wie viele der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen tatsächlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen werden.

Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2004 lag die landesweite Wahlbeteiligung lediglich bei rund 54 Prozent. Sie war damit im historischen Vergleich seit dem Jahr 1946 so niedrig wie nie zuvor. Die Parteien und Wählergemeinschaften werden sich daher in den kommenden Wochen bemühen, Wählerinnen und Wähler für kommunalpolitische Themen zu mobilisieren – auch mit dem Ziel, durch eine möglichst hohe Wahlbeteiligung extremistischen Gruppierungen den Einzug in die Räte zu verwehren. Lange Zeit haben sich die Parteien auf Landesebene darum gestritten, wie sich der separate Wahltermin letztendlich auf das Interesse der Menschen an den Kommunalwahlen auswirken wird. Während die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen zwecks Steigerung der Wahlbeteiligung die Kommunalwahl mit der Bundestagswahl

zusammenlegen wollten, sehen CDU und FDP die Bedeutung der Kommunalwahlen durch den separaten Termin gestärkt, da sich dann die Bürgerinnen und Bürger verstärkt mit kommunalen Themen beschäftigen würden. Nachdem der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof in Münster erst vor wenigen Wochen, Ende Mai, den 30. August als Wahltermin bestätigt hat, steht den Kandidatinnen und Kandidaten um kommunalpolitische Ämter ein kurzer, aber sicherlich nicht minder engagierter Wahlkampf bevor. Derzeit haben 88 Abgeordnete des Landtags ein Mandat auf Stadt- oder Kreisebene inne.

Auch wenn in vielen Gemeinden die schwierige Haushaltslage nur wenige bis keine Spielräume für freiwillige Aufgaben lässt, gilt es, den Bürgerinnen und Bürgern dennoch zu vermitteln: Durch ihre Teilnahme an den Kommunalwahlen und durch ein kommunalpolitisches Engagement weit über den 30. August hinaus lassen sich vor Ort viele Dinge gemeinsam bewegen. Wie bei allen demokratischen Wahlen, so heißt es schließlich auch bei den Kommunalwahlen: Jede Stimme zählt.

RÜCKBLICK AUF DIE EUROPAWAHL 2009

Über 13,3 Millionen Wahlberechtigte aus Nordrhein-Westfalen waren am 7. Juni 2009 aufgerufen, an der Wahl zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Rund 5,6 Millionen Wählerinnen und Wähler machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die Wahlbeteiligung von 41,8 Prozent lag damit nur geringfügig über der Beteiligung von 2004 (41,1 Prozent). Bezogen auf NRW kam die CDU auf 38 Prozent, die SPD auf 25,6 Prozent, die Grünen auf 12,5 Prozent und die FDP auf 12,3 Prozent der Stimmen. Die Linke erreich-

te 4,6 Prozent, und alle anderen Parteien lagen bei 1 Prozent der Stimmen oder darunter.

18 Abgeordnete aus NRW werden dem Europäischen Parlament bis zur nächsten Europawahl im Jahr 2014 angehören. Insgesamt stellt Deutschland 99 von 736 Abgeordneten. Im Folgenden die vorläufigen amtlichen Ergebnisse. *sw/cw*

CDU (Bund: 30,6%/NRW: 38,0%)

Elmar Brok, Bielefeld
Karl-Heinz Florenz, Neukirchen-Vluyn
Dr. Renate Sommer, Herne
Dr. Hans-Peter Liese, Meschede
Klaus-Heiner Lehne, Düsseldorf
Sabine Verheyen, Aachen
Dr. Markus Pieper, Münster
Axel Voß, Bonn
Herbert Reul, Leichlingen

SPD (Bund: 20,8%/NRW: 25,6%)

Martin Schulz, Würselen
Bernhard Rapkay, Dortmund
Jutta Haug, Herten
Jens Geier, Essen
Petra Kammerevert, Düsseldorf
Birgit Sippel, Arnsberg

GRÜNE (Bund: 12,1%/NRW: 12,5%)

Sven Giegold, Düsseldorf

FDP (Bund: 11,0%/NRW: 12,3%)

Alexander Graf Lambsdorff, Bonn
Alexander Pickart-Alvaro, Düsseldorf

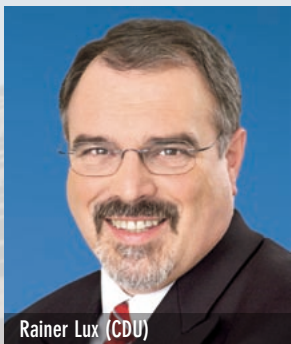
DIE LINKE (Bund: 7,5%/NRW: 4,6%)

Jürgen Klute, Herne

Einsatz für die eigene Stadt

Der Landtag macht zwar keine Kommunalpolitik, aber er bestimmt Rahmenbedingungen. Darin, dass die kommunale Ebene wichtig ist, stimmen alle vier im Landtag vertretenen Fraktionen überein. Wie die Städte und Gemeinden gestärkt werden können, darüber gehen allerdings die Meinungen auseinander. Klar ist aber: Eine Stadt, ein Kreis lebt auch von der aktiven Beteiligung der Menschen, die dort wohnen. Landtag Intern hat die kommunalpolitischen Sprecher von CDU, SPD, FDP und Grünen im Landtag deshalb auch gefragt, wie sie es erreichen wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mehr für die Politik in ihrer Stadt, Gemeinde oder in ihrem Kreis interessieren und engagieren.

Wie lässt sich die kommunale Ebene in Nordrhein-Westfalen weiter stärken?



Rainer Lux (CDU)

Wir messen der kommunalen Ebene eine zentrale Bedeutung für erfolgreiche Politik zu. Wo möglich, sollen Probleme und Aufgaben vor Ort selbstbestimmt und selbstverantwortlich gelöst beziehungsweise bewältigt werden. Dies erfordert eine gesunde finanzielle Ausstattung der Kommunen. Mit rund 8 Milliarden Euro aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten die Kommunen in diesem Jahr soviel Geld vom Land wie noch nie zuvor. Davon sind rund 85 Prozent frei verfügbare Zu-

wendungen. Dies unterstreicht den hohen Stellenwert, den wir der kommunalen Selbstverwaltung einräumen. Wir werden die Kommunen wie bisher vorbildlich beim bedarfsgerechten Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung unterstützen. Bereits in 2008 haben wir das Betreuungsangebot für unter Dreijährige gegenüber 2005 auf 44.600 Plätze vervierfacht. Noch in diesem Jahr können wir mit 74.645 Betreuungsplätzen erstmals alle von den Kommunen gemeldeten Bedarfe erfüllen. Auch das erfolgreiche Zusammenwirken von Land und Kommunen beim Ausbau des Ganztagsangebots wird fortgesetzt. Unser Ziel ist es unter anderem, 205.000 Ganztagsplätze an Grundschulen anzubieten.



Hans-Willi Körfiges (SPD)

Die Kommunen sorgen im Bereich Daseinsvorsorge für gute Lebensbedingungen für die Menschen in unserem Land. Dafür müssen sie mit ausreichenden Finanzen ausgestattet sein. Eine Bestandsgarantie und eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer sind notwendig. Trotzdem bleiben die Städte und Gemeinden auch in Zukunft auf das Land angewiesen. Die heutige Finanzausstattung ist für die ständig steigenden Aufgaben der Kommunen nicht ausreichend. Daher fordert die SPD seit Jahren eine Gemeindefinanzreform.

Besonders die Städte, die es trotz jahrelanger Sparsbemühungen aus eigener Kraft nicht mehr aus ihrer Haushaltsnotlage heraus schaffen, brauchen jetzt die Hilfe des Landes, um sich zu entschulden.

Darüber hinaus müssen Änderungen an der Gemeindeordnung, die CDU und FDP in dieser Legislatur durchgedrückt haben, zurückgenommen werden. Einschränkungen im Gemeindefinanzrecht gefährden die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Auch die Veränderungen im Kommunalwahlrecht, wie die Abschaffung der Stichwahl und die Trennung der Ratswahl von der Wahl des (Ober-)Bürgermeisters und Landrats sind für die lokale Demokratie schädlich und müssen rückgängig gemacht werden.

Wie lassen sich kommunalpolitisches Interesse und Engagement der Bürgerinnen

Wir setzen uns dafür ein, dass politische Entscheidungen möglichst nah an den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Möglich ist dies durch bessere Information der kommunalen Akteure – Bürgermeister, Mandatsträger, Verwaltungen etc. – aber auch durch Netzwerke, in denen Kommunen ihre Erfahrungen austauschen können. Mit der in 2005 begonnenen Verwaltungsstrukturreform haben wir die Verwaltung schlanker, bürgerfreundlicher und leistungstärker gemacht. 138 bislang selbstständige Behörden und Einrichtungen wurden aufgelöst. Überflüssige Bürokratie wurde abgebaut, um Wirtschaft und Bürger von überregulierenden Vorschriften zu befreien. Diese Maßnahmen haben zu erheblichen Einspareffekten geführt und ein positives Echo bei den Bürgerinnen und Bürgern ausgelöst. ■

Der unmittelbare Kontakt zu den Menschen ist die wichtigste Voraussetzung für eine offene und transparente Kommunalpolitik. Bürgernähe setzt Teilnahme und Teilhabe voraus. Lokale Demokratie erschöpft sich nicht in formalen Beteiligungsrechten, sondern verlangt eine verbesserte Kommunikationskultur. Alle Einwohnerinnen und Einwohner sollten frühzeitig in politische Entscheidungen einbezogen werden. Gute Kommunalpolitik vermittelt zwischen verschiedenen Interessen und Bevölkerungsgruppen, um Zukunftsfragen gemeinsam vor Ort zu lösen. Kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger müssen in ihrer Funktion als Ansprechpartner in der örtlichen Gemeinschaft gestärkt werden. Aus diesem Grunde treten wir für die Verbesserung der Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamtes ein. Die von uns eingebrachten Vorschläge werden zurzeit im Landtag diskutiert. ■



Horst Engel (FDP)

Die kommunale Selbstverwaltung ist bereits mit unserer schwarz-gelben Reform der Gemeindeordnung gestärkt worden. Die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger vor Ort, die Rechte der Rats- und Kreistagsmitglieder und die Stellung der (Ober-)Bürgermeister bzw. Landräte sind verbessert worden. Die Regelungen für zwischengemeindliche Kooperationen und zur wirtschaftlichen Standortqualität wurden ausgeweitet. Mit der Verankerung der Generationengerechtigkeit

in der Gemeindeordnung, die zu einem verantwortungsvollen Handeln gegenüber heranwachsenden Generationen führt, wird auch künftig die Freiheit des eigenständigen Handelns gewährleistet. Die Kommunen benötigen neben einem modernisierten kommunalen Finanzausgleichssystem dringend verlässliche Einnahmenquellen. Dazu muss der Bund eine wirkliche Gemeindefinanzreform angehen und nach liberalem Modell die konjunkturabhängige, unkalkulierbare Gewerbesteuer abschaffen und durch eine kommunale Steuer in Form eines Hebesatzrechtes auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer, die dem Wettbewerb ausgesetzt ist, sowie eine Erhöhung des Gemeindeanteils auf 12 Prozent (bisher 2 Prozent) an der Umsatzsteuer ersetzt werden.



Horst Becker (Grüne)

In den Kommunen werden demokratische Teilhabe und freiwilliges Engagement unmittelbar gelebt und erfahren. Deshalb stehen wir Grüne für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für mehr Bürgerbeteiligung und für starke Kommunen ein. Denn nur starke Kommunen sind in der Lage, für alle Bürgerinnen und Bürger Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Verfügung zu stellen. Unabdingbare Voraussetzungen sind gesetzliche Strukturen für eine starke Selbstverwaltung

und eine verlässliche Finanzierung. Genau das Gegenteil haben in den letzten Jahren jedoch die Änderungen der FDP-/CDU-Landesregierung an der Gemeindeordnung und dem Kommunalwahlrecht sowie der ungenierte Griff in die kommunalen Kassen bewirkt. Auch deshalb setzen wir Grüne uns für eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Kommunen ein – zumal die Kommunen in NRW im Bundesvergleich besonders viele Aufgaben haben. Auch deswegen muss die auf FDP-Betreiben eingeführte und bundesweit einmalig restriktive Rechtslage zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen wieder rückgängig gemacht werden.

und Bürger ausbauen?

Moderne und transparente Kommunalverwaltungen gepaart mit einer gut funktionierenden Infrastruktur zur Grundversorgung bilden die Plattform des Engagements. Mit der Reform der Gemeindeordnung haben FDP und CDU die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger massiv gestärkt. So können die Bürger anstelle des Rates per Ratsbürgerentscheid über wichtige Angelegenheiten in der Kommune entscheiden. Kompakt arbeitende Räte im Zusammenspiel mit der Partizipation von Kindern, Senioren, Menschen mit Behinderungen sowie Migranten stellen für uns Liberale weitere geeignete Maßnahmen dar, die Bürger an den Entscheidungsprozessen vor Ort teilhaben zu lassen. ■

Wir wollen kumulieren und Panaschieren im Kommunalwahlrecht in NRW verankern, damit Wählerinnen und Wähler endlich auch in NRW mehr Einfluss auf die Zusammensetzung der Kommunalvertretungen bekommen. Wir wollen die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid durch gestaffelte Zustimmungsquoren senken und Bürgerbegehren in mehr Sachfragen zulassen. Wir wollen die Stichwahlen wieder einführen, damit Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Landräte nicht von Minderheiten der Wählerschaft bestimmt werden. Lebendige Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger. Wir treten deshalb für verbesserte Regelungen zur Freistellung und Fortbildung ein, die es erleichtern, das kommunale Mandat mit den Pflichten von Beruf und Familie zu vereinbaren. ■

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/9417	Gesetz zur Änderung des Pressegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen SPD	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 25.6.2009	14/9042	Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	2. Lesung am 24.6.2009
14/9404	Änderungen der gemeinsamen Landesgrenze zwischen Hessen und NRW LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 24.6.2009	14/8947	Gesetz zur Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in Nordrhein-Westfalen (EA-Gesetz NRW) LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	Anhörung am 23.6.2009
14/9395	Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 25.6.2009	14/8884	Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer CDU, FDP	Umweltausschuss	2. Lesung am 24.6.2009
14/9394	Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen sowie zur Steigerung der Fördermöglichkeiten der NRW-Bank LANDESREGIERUNG	Vorschlag: für Bauen und Verkehr	1. Lesung 26.6.2009	14/8883	Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden CDU, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	2. Lesung am 24.6.2009
14/9393	Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ und des Landesmediengesetzes LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 25.6.2009	14/8806	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in NRW LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Ausschussberatung am 24.6.2009, 2. Lesung am 26.6.2009
14/9386	Gesetz zur Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts SPD	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 24.6.2009	14/8631	Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft LANDESREGIERUNG	Rechtsausschuss	Ausschussberatung am 19.8.2009
14/9380	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009 LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 24.6.2009	14/8554	Änderung des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform	2. Lesung am 24.6.2009
14/9308	Gesetz zur Änderung des Landesdisziplinarrechts LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 24.6.2009	14/8335	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes CDU, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform	2. Lesung am 24.6.2009
14/9265	Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen GRÜNE	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	Weitere Beratung nach der Sommerpause	14/8329	Förderung der politischen Partizipation zugewandelter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden GRÜNE	Ausschuss für Generationen, Familie und Integration	2. Lesung am 24.6.2009
14/9249	Gesetz zum Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	Ausschussanhörung am 3.9.2009	14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW SPD	Rechtsausschuss	Ausschussberatung am 19.8.2009
				14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung SPD, GRÜNE	Hauptausschuss	Untergesetzliche Regelung durch Vereinbarung avisiert
				14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes SPD	Rechtsausschuss	Zuletzt behandelt am 3.11.2005

Abgeschlossene Gesetzgebung – am 27./28. Mai 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/9022	Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 27.5.2009	angenommen
14/8903	Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 27.5.2009	angenommen
14/8861	Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch (Zwölftes Buch)	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 27.5.2009	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Gemeinsam vorsorgen

Kinder- und Jugendhilfe: Bessere Vorbeugung durch Zusammenarbeit

29. Mai 2009 – Die am 19. Juni 2008 eingerichtete Enquetekommission III (Vorsitz Gabriele Kordowski, CDU) befasst sich mit der Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in NRW. In der öffentlichen Sitzung zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Vernetzung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe“ setzten die Sachverständigen sich hauptsächlich für klare Strukturen und Ziele ein, aber auch für mehr finanzielle und personelle Mittel.

Foto: Schälte

Prof. Dr. Christian Schrapper (Universität Koblenz) verdeutlichte zunächst, dass auffälliges Verhalten bei Kindern und Jugendlichen stets das Produkt der Beobachtungen sei, die sie an den Erwachsenen gemacht hätten. Dazu zählten auch Unstimmigkeiten und Konkurrenzverhalten bei der Zusammenarbeit unterschiedlicher Helferinnen und Helfer. Insgesamt müsse sach- und ergebnisorientierter gearbeitet werden. Es gelte, kommunale Kooperation durch einen Abbau von Regelungen zu fördern. Ob ein Netzwerk funktioniere, hänge jedoch hauptsächlich von den Personen vor Ort ab, so sei für die Zusammenarbeit vor allem die Grundhaltung der Beteiligten maßgebend. Sie könne durch mehr und besser geschultes Personal sowie durch finanzielle Anreize positiv beeinflusst werden.

„Gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung sind unverzichtbar für eine gute Zusam-

menarbeit“, betonte Heinz Hilgers, Bürgermeister der Stadt Dormagen. Netzwerke müssten im Dialogverfahren „gestrickt“, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begeistert werden – denn gute Zusammenarbeit könne man nicht anordnen. Um Hürden abzubauen, müsse Jugendhilfe vor Ort mit möglichst wenig Spezialdiensten und in möglichst kleinen Bezirken organisiert werden. Defizitorientierte Fördervorschriften stünden präventiven Maßnahmen entgegen, so würden erfolgreiche Projekte bisher durch einen Wegfall der Fördermittel „bestraft“. Es sei sinnvoll, verbindliche, vor Ort umsetzbare Regelungen zu schaffen. Gleiches gelte für die Forderung, ein politisches Mandat durch Ratsbeschluss zur Vorbedingung für die Vergabe von Fördermitteln zu machen. Mehr gesetzliche Regelungen zur Zusammenarbeit könnten individuelle Entscheidungen und Lösungen vor Ort allerdings behindern.

„Die Zukunft von jungen Menschen darf kein Produkt des Zufalls sein“, forderte der Leiter des Referats Bildung und Erziehung der Stadt Gelsenkirchen, Alfons Wissmann. Er plädierte ebenfalls dafür, verbindliche Regelungen für eine gemeinsame Arbeit zu schaffen. Momentan werde viel Arbeitszeit in Gremien investiert, ohne dass Querverbindungen oder klare Zielvereinbarungen erkennbar seien. Daher plädierte er dafür, in den Kommunen ein steuerndes, allgemein akzeptiertes Gremium zu etablieren, das sich um die Koordinierung der Netzwerkarbeit kümmere.

RECHTSUNSICHERHEIT

Peter Finkensiep (Die Brücke Dortmund e. V.) wies darauf hin, dass besonders wirksame Arbeit vor Ort unter der rechtlich unsicheren Situation von ambulanten Maßnahmen leide. Die derzeitigen Regelungen des Paragraphen 36a im Sozialgesetzbuch VIII (Jugendhilfe) seien nicht ausreichend mit den Regelungen des Jugendgerichtsgesetzes abgestimmt. Häufig würden Jugendliche in andere Bereiche wie die Psychiatrie verschoben, weil die Justiz keine adäquate ambulante Hilfe anbieten könne. Hier müssten Kommunen und Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen, forderte er. Qualitativ gute Projekte der Kommunen sollten durch finanzielle Anreizsysteme gefördert werden. Notwendig seien auch Strukturempfehlungen mit genauer Zielsetzung, die auf die kommunale bzw. die Landesebene bezogen seien.

Markus Schnapka vom Dezernat III (Kinder, Jugend, Schule) der Stadt Bornheim stellte noch einmal klar, dass Netzwerke keine finanziellen und personellen Mittel ersetzen könnten. Ein großes Problem seien so genannte „Tick-Tack-Biografien“, bei denen Jugendliche ohne erkennbaren Nutzen für sich und andere zwischen Heim und Psychiatrie pendelten. Dieser „Abschiebemechanismus“ werde durch die unterschiedliche Kostenträgerschaft von Krankenkasse, Jugend- und Sozialhilfe noch verschärft. Um nicht die Abgrenzung, sondern das Zusammenfügen der Hilfefunktionen in den Mittelpunkt zu stellen, sei eine vermittelnde Schiedsstelle der richtige Weg. Diese solle innerhalb einer Woche eine Empfehlung aussprechen, welche Stelle die Kosten für die Hilfeleistung zu tragen habe. *Anica Bömke*

Im Mai 2009 informierte sich die Enquetekommission III in Dänemark und Baden-Württemberg über Programme zur Verhinderung von Kinder- und Jugendkriminalität. Die Kommissionsmitglieder zeigten sich beeindruckt von dort getroffenen Maßnahmen, etwa einer organisierten Kooperation von Sozialbehörde, Schule und Polizei in Dänemark oder von den Möglichkeiten, Jugendstrafvollzug in freier Form durchzuführen.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Aktuelle Viertelstunde zu neuen Fachhochschulen

18. Juni 2009 – Transparent und nachvollziehbar werde das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium bis September über die insgesamt sechs Standorte der drei neuen Fachhochschulen entscheiden, erklärte Wissenschaftsminister Prof. Andreas Pinkwart (FDP) im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, Grüne). Der Minister wies in einer aktuellen Viertelstunde auf Antrag der Grünen Vorwürfe der Oppositionsfractionen zurück, es habe Versuche der politischen Einflussnahme auf die Standortentscheidung gegeben. Die Auswahl der Standorte erfolge ausschließlich nach fachlichen Kriterien, sagte Pinkwart. Grüne und SPD jedoch bezweifelten im Ausschuss, dass der Auswahlprozess transparent erfolge. Sie befürchteten außerdem zeitliche Verzögerungen im Verfahren, die sich negativ auf den Start der Studiengänge auswirken könnten. Auch diese Zweifel wies der Minister zurück. Bereits zum nächsten Wintersemester könnten erste Studiengänge starten.

Haushaltsausschuss ringt über Garantien für WestLB

18. Juni 2009 – Wer hat die notwendigen neuen Garantien für die WestLB zu verantworten? Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), meinte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) im Haushaltsausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD). Die Aufsicht habe Kriterien zur Bewertung von Risikopapieren geändert und eine Erhöhung der bestehenden Garantien von 5 Milliarden um weitere 4 Milliarden Euro gefordert. Auch die Opposition habe Verantwortung zu tragen, denn in ihrer Regierungszeit sei zwischen 2002 und 2004 bei der WestLB ein Verlust von 4,8 Milliarden Euro angefallen. Die jetzige Landesregierung, konterte die Opposition, habe es nicht geschafft, die Landesbank so zu gestalten, dass es keine finanzielle Bedrohung mehr gebe. Außerdem könne jede Bürgerschaft bedeuten, dass im Ernstfall auch gezahlt werden müsse. Das Thema bleibt dem Landtag erhalten: In der Plenarsitzung am 24. Juni 2009

soll der notwendige Nachtragshaushalt eingebracht und in erster Lesung behandelt werden. Nach der Sommerpause folgen eine Anhörung im Haushaltsausschuss sowie die zweite und dritte Lesung im Plenum.

Wohin mit Kohlendioxid aus Kraftwerken?

17. Juni 2009 – Um sich Wege und Möglichkeiten für einen breiten Energiemix offenzuhalten, haben die Fraktionen von CDU, FDP und SPD im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) eine Umsetzung der Kohlendioxid-Abtrennung befürwortet. Es gehe darum, den Kohlekraftwerken im Kampf gegen

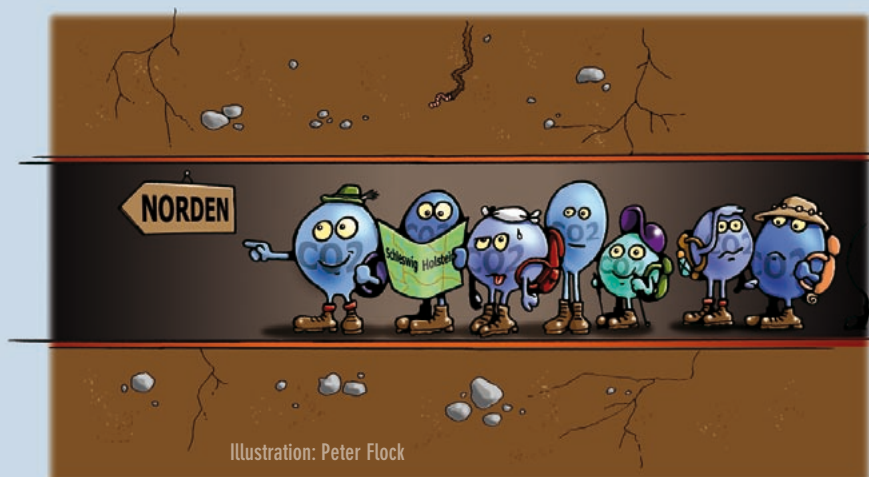
Hauptausschuss berät über illegales Glücksspiel im Internet

18. Juni 2009 – Über die Auswirkungen des Glücksspielstaatsvertrags informierte das Innenministerium die Abgeordneten im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Seit Januar 2008 schränkt der Staatsvertrag Werbung für staatliche Lotterien ein und verbietet das Glücksspiel im Internet. Wie Vertreterinnen und Vertreter des Innenministeriums im Hauptausschuss berichteten, seien gewerbliche Wettspielanbieter jedoch noch immer mit illegalen Angeboten im Netz vertreten. So hätten diese Firmen ihren Sitz beispielsweise nach Malta oder Gibraltar verlagert, da dort die Abgaben auf die Glücksspieleinnahmen besonders niedrig seien. Das Innenministerium ging in seiner Stellungnahme außerdem auf das von der SPD-Fraktion angesprochene, bislang uneinheitliche Vorgehen der kommunalen Ordnungsbehörden gegen gewerbliche Wettbüros in den Gemeinden ein und verwies auf noch ausstehende gerichtliche Entscheidungen in diesem Bereich.

Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften

18. Juni 2009 – Statistisch betrachtet hat jede vierte Frau im Alter von 16-85

Jahren im Verlauf ihres Lebens mindestens einmal psychische, körperliche und/oder sexuelle Übergriffe durch einen Beziehungspartner erlebt. Dies berichtete Dr. Monika Schrötte von der Universität Bielefeld im Ausschuss für Frauenpolitik (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Vor dem Hintergrund einer Studie zum Thema „Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften“ führte die Sozialwissenschaftlerin an, alle sozialen und ethnischen sowie Bildungs- und Altersgruppen seien von Gewalt und Misshandlung in Partnerschaften betroffen. Davon ausgehend wies Schrötte darauf hin, dass Unterstützungsangebote die betroffenen Frauen bislang nicht oder nur unzureichend erreicht hätten. Um künftig Gewalt an Frauen besser entgegenwirken zu können, sprach sie sich für den Ausbau eines differenzierten Unterstützungs- und Präventionssystems aus, das den unterschiedlichen Betroffenenengruppen gerecht werden kann.



Diskussion unter den Sachverständigen
im Rechtsausschuss

Foto: Schälte

Als positiv bewerteten die meisten Sachverständigen, dass nun ein eigenes Gesetz zur Regelung des Untersuchungshaftvollzugs geplant sei. Prof. Johannes Feest (Universität Bremen) kritisierte allerdings, NRW hätte sich auch an einem gemeinsamen Entwurf der Länder beteiligen können. Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung dürfe NRW nicht hinter dem Minimalkonsens der anderen Länder zurückbleiben. Er fände etwa bedauerlich, wenn arbeitende Untersuchungshäftlinge durch zu geringen Lohn schlechter gestellt würden als in dem Länderentwurf. Für Untersuchungsgefangene gelte schließlich die Unschuldsvermutung und der Grundsatz, dass ihre Bedingungen in Untersuchungshaft normalen Lebensverhältnissen möglichst gleich kommen sollten – zwei Grundsätze, die alle Sachverständigen betonten.

UNSCULDVERMUTUNG

„Haft kann nie sein wie draußen“, wandte Edwin Pütz, Richter am Amtsgericht Düsseldorf, ein. Er favorisierte den Entwurf der Landesregierung, weil dieser die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Gericht und Haftanstalt besser beachte. Beide Gesetzentwürfe genügten aber den Grundanforderungen. Dies bestätigte der Kölner Oberstaatsanwalt Helmut Hammerschlag. An beiden Entwürfen kritisierte er allerdings, dass die Regelungen für junge Untersuchungshäftlinge nicht ausreichend seien. Er forderte etwa, Haftanstalten müssten jungen Menschen verpflichtend Kurse anbieten. Die SPD-Fraktion, merkte er an, gehe mit ihrem Entwurf über die gesetzgeberischen Kompetenzen des Landes hinaus. Er problematisierte zudem, dass in der Untersuchungshaft unerlaubte Kommunikation stattfinde, etwa kriminelle Unternehmen aus der U-Haft heraus weitergeführt würden, zum Beispiel mithilfe ebenfalls unerlaubter Handys. Daher befürworte er jede Maßnahme, die dem entgegenwirke, so die Regelung im Entwurf der Landesregierung, nach der die Häftlinge keine Pakete mit Nahrungs- und Genussmitteln empfangen dürften.

Der Leiter der Justizvollzugsanstalt Köln, Michael Thewalt, bestätigte, dass darin ein erhebliches Sicherheitsrisiko liege, erklärte aber auch, dass Pakete den sehr wichtigen Kontakt zur Außenwelt ermöglichen. Er begrüße an den Gesetzentwürfen alles, was die Rechte der Untersuchungsgefangenen verbessere, etwa die Einzelunterbringung oder das Verbot der Überbelegung, das die Landesregierung fordere. Das Recht auf Besuch will die Landesregierung den Untersuchungsgefangenen auf zwei, die SPD auf vier Stunden pro Monat erhöhen. Wünschens-



Grundrechte im Gefängnis

Expertenanhörung zur Neuregelung der Untersuchungshaft

17. Juni 2009 – Zwei Gesetzentwürfe seitens der Landesregierung (Drs. 14/8631) und der SPD-Fraktion (14/6327) zur Untersuchungshaft waren Thema einer öffentlichen Anhörung im Rechtsausschuss (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Durch die Föderalismuskommission I sind nun die Länder für die Ausgestaltung des Untersuchungshaftvollzugsrechts zuständig. Bisher ergeben sich die Vorgaben aus Einzelbestimmungen.

wert, sagte Thewalt, sei letzteres, allerdings nicht immer machbar für die Anstalten, da Besuche sowohl optisch als auch akustisch überwacht werden müssten.

Der Kölner Rechtsanwalt Michael Tsambikakis stellte daraufhin eine generelle Frage: Müsse der Untersuchungsgefangene sich den Gegebenheiten der JVA anpassen oder die JVA sich an die Grundrechte? Der Gesetzentwurf der Landesregierung jedenfalls gehe in vielen Punkten zu sehr zugunsten der Anstalten – auf Kosten der Untersuchungsgefangenen. „Zu aufwändig“, ergänzte er, das sei nicht die Maßgabe, nach der Grundrechte umgesetzt würden. Er kritisierte ebenfalls die von der Landesregierung geplante generelle Erlaubnis, Untersuchungsgefangene vor und nach Besuchen nackt zu untersuchen. Es müsse doch einleuchten, dass es die Menschenwürde tangiere, den Häftlingen vor und nach jedem Besuch „in die Körperöffnungen zu gucken“.

Dorothea Schuk, die die Landesdatenschutzbeauftragte Bettina Sokol vertrat, plädierte dafür, auf die Videoüberwachung von Untersuchungsgefangenen zu verzichten. Mindestens in Hafträumen sei dies unzulässig, da es sich hier um verfassungsrechtlich geschützten Raum privater Lebensgestaltung handle.

In einer gemeinsamen schriftlichen Stellungnahme der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und des Evangelischen und Katholischen Büros begrüßen die Autoren grundsätzlich das Gesetzesvorhaben. Die Autoren äußern aber Bedenken darüber, dass nicht allen Untersuchungsgefangenen Arbeit angeboten werden könne. Außerdem kritisieren sie einen zu niedrigen Arbeitslohn und den geplanten Verzicht auf Taschengeld sowie Nahrungs- und Genusspakete. Dies verstärke den Mangel in der Untersuchungshaft und könne somit zu Gewalt führen, was mit dem Verbot der Pakete ja gerade verhindert werden solle. sow

Die heimische Milch darf nicht einfach verramscht werden

„Es ist eine Schande, was sich heutzutage auf dem Milchmarkt abspielt. Die Preise für Milchprodukte sind inzwischen auf einem so niedrigen Stand, dass die Mehrheit der Milchbauern in unserem Land in ernsthaften Existenzschwierigkeiten steckt.“ Das konstatierte der agrarpolitische Experte der CDU-Landtagsfraktion, Josef Wirtz (Foto), jüngst im Düsseldorfer Landtag. „Diese Situation dürfen wir nicht länger hinnehmen“, so Wirtz weiter. Das hochwertige Lebensmittel Milch dürfe nicht einfach verramscht werden. Zudem werde bei mehr und mehr Nahrungsmitteln wie zum Beispiel Fertiggerichten hochwertige Milch immer häufiger durch günstige und nährstoffarme Ersatzstoffe ersetzt. Darunter leide logischerweise auch der Milchabsatz.

Die CDU-Fraktion hat daher Ende Mai einen Antrag unter dem Titel „Rasches Handeln und gemeinsame Anstrengungen für eine gute Zukunft der Milchwirtschaft in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 14/9257) in den Landtag

eingebraucht, in dem sie zusammen mit ihrem Koalitionspartner FDP unter anderem eine eindeutige Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Milchersatzstoffe enthalten, fordert. Anhand dieser Kennzeichnung könne der Verbraucher dann selbst entscheiden, ob er Wert auf wahre, gesunde Milchprodukte legt oder ob er sich mit Milchersatzstoffen zufrieden gibt. „Ich bin davon überzeugt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher bereit sind, für hochwertige Milch mehr zu zahlen als die aktuellen Dumping-Preise“, so der CDU-Landwirtschaftsexperte.

Besonders die Discounter müssten sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen. Erst kürzlich habe ein großer Discounter offensiv damit geworben, die Verkaufspreise für Milch um 10 Cent zu erhöhen, um dieses Geld direkt an die Milchbauern weiterzugeben. In Wahrheit sei davon jedoch kein einziger Cent bei den Erzeugern angekommen. Stattdessen seien die Preise weiter in den Keller gegangen. Wirtz abschließend: „Die Manager dieser Le-

bensmittelketten sind nicht besser als diejenigen Bankmanager, die durch geldgieriges und skrupelloses Handeln maßgeblich die Finanzkrise mit ausgelöst haben!“



FDP-Fraktion feierte mit mehr als 500 Gästen ihr Sommerfest

Weit über 500 Gäste konnte FDP-Fraktionschef Gerhard Papke beim traditionellen Sommerfest der Landtagsfraktion am 26. Mai in Düsseldorf begrüßen. Mit der FDP-Fraktion feierten Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, fast das gesamte NRW-Kabinett, Landtagspräsidentin Regina van Dinter, Verbandsvertreter und Wirtschaftsrepräsentanten. Gerhard Papke begrüßte unter anderem den Chef des NRW-Handwerks, Wolfgang Schulhoff, Michael Breuer, Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands sowie die Vorsitzenden aller drei Polizeigewerkschaften und Spitzen der Lehrerverbände. FDP-Fraktion und Gäste hatten an diesem Abend besonderen Anlass zur Freude: Der Verfassungsgerichtshof hatte am Morgen in seinen Urteilen sowohl den Kommunalwahltermin als auch die Abschaffung der Stichwahl als verfassungskonform erklärt und war in seiner Urteilsbegründung der Argumen-

tation der Koalition gefolgt. FDP-Fraktionschef Papke gratulierte unter großem Beifall Innenminister Ingo Wolf zu seinem klaren Sieg vor Gericht. „Der Verfassungsgerichtshof Münster war so nett, die Verkündung des Urteils über die beiden Klagen der Opposition auf den Tag unseres Sommerfestes zu legen. Rot-Grün hat

sich zwei krachende Niederlagen eingehandelt“, sagte Papke. Ministerpräsident Rüttgers lobte die erfolgreiche Zusammenarbeit der schwarz-gelben Koalition in den zurückliegenden vier Jahren. „Heute ist ein Tag zum Feiern, weil wir beweisen, dass wir auch in den schwierigsten wirtschaftlichen Zeiten, die das Land je erlebt hat, Kurs halten und Ergebnisse für die Menschen erzielen.“ Innovationsminister Prof. Andreas Pinkwart hob hervor, dass die schwarz-gelbe Koalition beim Thema Bildung Wort hält: „In einer Zeit, in der die Politik mit einem Federstrich Milliarden für die Abwrackprämie genehmigt, setzen wir in NRW bessere Prioritäten: Bildung, Bildung, Bildung.“ Das Kabinett hatte gerade die Kofinanzierung der drei Bund-Länder-Pakte für Hochschulen und Forschung beschlossen und damit Hochschulen Planungssicherheit für 90.000 zusätzliche Studienplätze bis 2015 gegeben.



Azubis der SPD-Fraktion beenden erfolgreich ihre Ausbildung



Die beiden Auszubildenden der SPD-Landtagsfraktion, der Schwelmer Maximilian Hoffmeier und Sandra Gohr aus Düsseldorf, haben ihre Berufsausbildung Anfang Juni erfolgreich abgeschlossen. Sie wurden in den vergangenen drei Jahren zu Kaufleuten der Bürokommunikation ausgebildet. Besonders die Leistungen von Maximilian Hoffmeier sind hervorzuheben, der mit seiner Abschlussnote 1,1 das beste Ergebnis in seinem Bildungsgang auf dem Berufskolleg belegt. Beide Absolventen werden auch weiterhin die SPD-Landtagsfraktion verstärken. Maximilian Hoffmeier arbeitet nun in der Pressestelle und Sandra Gohr unterstützt die SPD-Abgeordneten, die in den Bereichen Umwelt, Bauen und Verkehr tätig sind. „Die beiden sind eine echte Verstärkung für unser Team. Ich gratuliere ihnen herzlich zu den tollen Abschlüssen und freue mich schon auf die nächste Auszubildende, die im August starten wird“, sagte die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD im Düsseldorfer Landtag, Carina Gödecke. ■



Grüne und ver.di gemeinsam gegen Drücker am Bankschalter



Nachdem viele Banken durch Finanzmarktkrise und Fehlspekulationen enorme Verluste erlitten haben, scheinen sie sich an ihren Kunden schadlos halten zu wollen. Für die Verbraucherzentralen ist dieses Problem seit Beginn der Finanzkrise ein Top-Thema.

Nicht den Bedarf der Kunden haben die Banken im Auge, sondern unverändert hohe Verkaufsziele und Gewinnvorgaben. Dabei werden offenbar gerade Unerfahrene, häufig Ältere und Alte gezielt über den Tisch gezogen. Es ist erkennbar, dass es sich bei diesen Drückermethoden am Bankschalter nicht um Einzelfälle, sondern um ein strukturelles Problem in der Finanzwirtschaft handelt. Das gilt nicht nur für Privatbanken, sondern leider – wenn auch abgestuft – auch für Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Zu diesen Praktiken hat die Grüne Fraktion jetzt Roman Eberle von der ver.di NRW eingeladen. Er berichtete aus der Binnensicht der Bankangestellten, die unter enormen Verkaufsdruck gesetzt werden. Die in einigen Banken-

kreisen kursierende Bezeichnung „AD“ („Alt und Doof“) für ältere Kundinnen und Kunden spricht deutliche Bände. Sie würden als einfache Opfer für risikobehaftete Anlagen angesehen.

Dies führt bei vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern zu einem beträchtlichen Vertrauensverlust in die Seriosität der Institute, was auch auf die Stabilität der Finanzmärkte Auswirkungen hat.

Es ist deswegen allerhöchste Zeit zu handeln. Solange es von der Bundesebene keine eindeutigen Regelungen gibt, muss Nordrhein-Westfalen selbst nach Lösungen suchen. Um eine gleiche Augenhöhe von Banken und Kundinnen und Kunden zu erreichen, ist eine unabhängige Beratung unabdingbar. Die Grüne Fraktion fordert deshalb als erste Sofortmaßnahme, 20 neue Stellen bei der Verbraucherzentrale NRW zur unabhängigen Information einzurichten. Langfristig geht sie von einem Bedarf von 150 bis 200 Stellen aus. Um diese Stellen zu finanzieren, schlägt die Fraktion eine Stiftung vor, über die Banken und

Sparkassen auf der einen Seite und das Land auf der anderen Seite Gelder zur Verfügung stellen.

Solange den Drückermethoden keine gesetzliche Handhabe gegenübersteht, sind Banken und Landesregierung aufgerufen, eine freiwillige Vereinbarung zu treffen. Das Ziel ist eine Selbstverpflichtung der Banken und Sparkassen, diese Vertriebsmethoden sofort einzustellen. An dieser Vereinbarung sollten neben der Landesregierung, den Banken und Sparkassen auch Gewerkschaften und Verbraucherschützer mitarbeiten. ■



V.l.: Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende; Roman Eberle, ver.di NRW; Johannes Remmel, Parl. Geschäftsführer und Sprecher für Verbraucherschutz

Der Mensch, die Kneipe und der Qualm

Anhörung zu den geplanten Änderungen beim Rauchverbot in Gaststätten

10. Juni 2009 – Seit Juli 2008 herrscht aufgrund des Nichtraucherchutzgesetzes in den deutschen Gaststätten ein grundsätzliches Rauchverbot mit Ausnahmemöglichkeiten. In seinem Urteil vom 30. Juli 2008 verpflichtete das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Bundesländer, entweder das Rauchen in der Gastronomie vollständig zu untersagen – dies fordert die Grünen-Fraktion in einem Antrag – oder aber ein widerspruchsfreies Regelungssystem für die Ausnahmen zu gestalten, was die Landesregierung mit einem Gesetzentwurf zur entsprechenden Novellierung des Nichtraucherchutzgesetzes umsetzen möchte. Zu beiden parlamentarischen Initiativen hörte der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) Sachverständige an.

Der neue Gesetzentwurf der Landesregierung sieht weitere Ausnahmeregelungen vor. So soll in Gaststätten mit einer Ladenfläche mit weniger als 75 Quadratmetern künftig geraucht werden dürfen, wenn Jugendlichen unter 18 Jahren der Zutritt verwehrt wird, keine zubereiteten Speisen serviert und die Kneipen als Raucher-gaststätten eindeutig gekennzeichnet werden. Diese Lösung unterstützte Klaus Hübenthal (DEHOGA Nordrhein-Westfalen e. V.).

Gegen ein absolutes Rauchverbot und für die Wahlfreiheit der Gastronomie und der Gäste sprach sich auch Jürgen Witt vom Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien aus. Das Nichtraucherchutzgesetz werde seit über einem Jahr in der Gastronomie gelebt, ohne dass es zu tief greifenden Beschwerden gekommen sei. Beim Getränkeumsatz sei ein Rückgang von rund 15 Prozent zu verbuchen, die Zahl der Insolvenzen bei den Schankstätten und Gastwirtschaften sei um 20 Prozent gestiegen. Auch die Verpachtung von Gastronomieobjekten gestalte sich zunehmend schwieriger und sei durch mögliche Ausfälle noch riskanter. „Der Mensch, die Kultur, die Kneipe – das sind die Verlierer eines absoluten Rauchverbots“, so Witt.

Ute Mons vom Deutschen Krebsforschungszentrum kritisierte die geplante Ausnahmeregelung für die Kleingaststätten. Der Gesetzentwurf enthalte keine Verbesserungen, dafür signifikante Verschlechterungen. Die Ausnahmeregelung missachte das Recht des

dortigen Personals auf Schutz ihrer Gesundheit und führe zu einer Diskriminierung der großen Gaststätten. Daher müsse man mit einer Kaskade weiterer Rechtsstreitigkeiten rechnen.

Auch Sibylle Fleitmann (FACT – Frauen aktiv contra Tabak e. V., Dortmund) zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Landesregierung die durch das BVG gegebene Möglichkeit zur Verbesserung des Nichtraucherchutzes nicht ausschöpfe. Rund 73 Prozent der Deutschen befürworteten ein Gesetz ohne Ausnahmen, das zudem durch nationale und internationale rechtliche Maßnahmen unterstützt werde. Fleitmann betonte, etwa 60 Prozent der Gastronomie-Angestellten seien Frauen, wovon rund die Hälfte nicht rauchten. Auch ließe sich durch Studien nachweisen, dass Frauen sensibler auf die im Tabak enthaltenen toxischen Substanzen reagierten als Männer.

Dr. Manfred Wienand vom Deutschen Städtetag sprach sich für eine stringenter Fassung der Regelungen und seiner Ausnahmen aus. „Nichtraucherschutz ist auch aus gesundheitspolitischen Gründen dringend erforderlich, und wir unterstützen jegliche gesetzgeberische Initiative dahingehend. Die derzeitige Situation stellt sich jedoch für die kommunalen Ordnungsbehörden als unkontrollierbar und widersprüchlich dar.“ Wie Robert Kilp von der Stadt Köln kri-

tisierte er in diesem Zusammenhang vor allem die Regelung der Raucherclubs; hier seien die entsprechenden Beurteilungskriterien kaum praxistauglich. „Praktikabilität und Verwaltungsökonomie sprechen für ein Rauchverbot ohne große Ausnahmen“, ergänzte Frank Stein, Beigeordnete der Stadt Leverkusen. Der Nichtraucherchutz werde vielfältig unterlaufen, bei drei Vierteln der bestehenden Betriebe gebe es keinen Nichtraucherchutz für die Beschäftigten. Für eine flächendeckende Kontrolle fehle es den Kommunen jedoch an Personal.

„Die gesetzlichen Regelungen des Nichtraucherchutzes in Deutschland können als misslungenes Experiment angesehen werden – als augenfälliges Beispiel, wie man es nicht machen sollte“, stellte Ernst-Günther Krause (Nicht-raucher-Initiative Deutschland e. V.) in seiner Stellungnahme fest. Anstatt aus dem Urteil des BVG zu lernen, verschlechterten die Länder die Situation, indem sie weitere Ausnahmen hinzufügten. Ein umfassender Nichtraucherchutz bedeute eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung. Außerdem lasse sich mit dem Nichtraucherchutzgesetz auch eine Umsatzsteigerung im Gastronomiebereich in Zusammenhang bringen. *Marie Schwinning*

Fotos: Schälte



Porträt: Ewald Groth (Grüne)



„Ich habe mir in meinem Leben viel erarbeitet und dabei viel Glück gehabt, aber das war noch einmal der größte Zuschlag.“ Eine durchaus bemerkenswerte Feststellung aus dem Mund des Grünen-Politikers Ewald Groth, der bislang durch übertriebene Demut in seinen öffentlichen Äußerungen nicht auffällig geworden ist. Wenn er jedoch auf seine kleinen Zwillingssöhne zu sprechen kommt, ändert sich die Tonlage schlagartig. „Schön, dass man noch einmal eine Ausrichtung auf das wirklich Wichtige im Leben hat“, bewertet er es als Geschenk, dass er im vergangenen Jahr im vergleichsweise fortgeschrittenen Alter noch einmal Vater geworden ist. Erst jüngst hat er es genossen, die beiden beim täglichen Joggen am Strand auf Rügen vor sich herschieben zu können.

Was die Suche nach dem Wichtigem im Leben angeht, so hat der 55-Jährige schon eine veritable Reihe von Stationen hinter sich gebracht, die er nicht immer auf geraden Wegen, aber immer mit Fleiß und Durchsetzungskraft ansteu-

erte. Geboren in einem Bergarbeiter-Haushalt in Lünen machte Groth zunächst nach der mittleren Reife eine Ausbildung bei der Post, bevor er in den 70er-Jahren die Fachhochschulreife und dann per Abendgymnasium das Vollabitur nachholte, um anschließend an der Heilpädagogischen Hochschule in Dortmund das Lehramt anzustreben. Nach zwei längeren Rucksackreisen in Asien und Australien trat Groth 1982 dann sein Referendariat in Osnabrück an. Nachdem er dort eine Krankenhausschule in der Kinder- und Jugendpsychiatrie aufgebaut hatte, zog er Ende 1988 aus privaten Gründen ins münsterländische Ostbevern im Kreis Warendorf und wechselte beruflich an die Albert-Schweitzer-Schule in Münster.

Ostbevern ist auch der eher unspektakuläre Ausgangspunkt seiner politischen Karriere: „Da gab es eine Einladung des grünen Kreisverbandes Warendorf zur Gründung eines Ortsverbandes, und da bin ich dann einfach mal hingegangen“, erinnert er sich an die Zeit vor 20 Jahren zurück. Er ergriff mit einer Mitstreiterin und einem Mitstreiter die Initiative und führte nach den Kommunalwahlen 1989 maßgeblich das grüne Element in die politische Landschaft Ostbeverns ein. Ambitionen auf die Landesebene hatte Groth zunächst nicht. „Ich war glücklicher Familienmensch und Sonderpädagoge mit Leib und Seele“, blickt er auf seinen Lebensabschnitt im Münsterland zurück, bevor er für die Landtagswahl 1995 vorgeschlagen wurde. Auch kannte er bis zu diesem Zeitpunkt die grünen Speerspitzen Bärbel Höhn und Michael Vesper überhaupt noch gar nicht. Während die beiden Ex-Minister inzwischen in die Landeshistorie eingegangen sind, gehört Ewald Groth, der mittlerweile seit

zehn Jahren in Bochum wohnt, heute neben Fraktionschefin Sylvia Löhrmann und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Johannes Remmel zu den grünen Urgesteinen in der Landtagsfraktion. Den Reiz, Berufspolitiker werden zu wollen, sah Groth vor seinem ersten Mandat darin, mehr Zeit zu haben. Ein Trugschluss, wie sich bald herausstellen sollte: Allein im Wissenschaftsausschuss, dem er vorsitzt, im Sportausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss mit seinen drei Unterausschüssen hat er in dieser Legislaturperiode an über 160 Sitzungen teilgenommen. Ein Schicksal, an dem „Mehrthemen-Politiker“ kleinerer Fraktionen nur schlecht vorbeikommen. Seinen Ruf als lautstarker Zwischenrufer und Polarisierer im Plenum und im Haushalts- und Finanzausschuss hat Groth sich redlich erarbeitet. „Ich bin da aber auch sensibel“, räumt er ein, „wenn ich merke, dass die Mehrheit mit den Steuern nicht sorgsam verfährt und ich das nachweisen kann“. „Als guter Teamspieler kann ich aber auch Konsens“, sagt der 55-Jährige unter Hinweis auf die Enquete-Kommission „Effektive Präventionspolitik“, die im Anschluss an den Untersuchungsausschuss zum Siegburger Foltermord eingerichtet wurde: „Ich bin sicher, dass wir da ein gutes Ergebnis hinbekommen werden“, sagt Groth optimistisch voraus.

Auch macht er keinen Hehl daraus, dass er als Abgeordneter 2010 gerne noch einmal in Regierungsverantwortung kommen möchte: „Ich will es noch einmal wissen und bin sicher, dass wir es mit grünen Ideen besser machen würden“, gibt er sich kämpferisch. Dabei setzt er in den anstehenden parteiinternen Entscheidungsprozessen der kommenden Monate auf die reiche Erfahrung in seinen Politikfeldern, die allesamt nicht die klassischen „urgrünen“ Themen wie Umwelt, Energie oder Sozialpolitik sind. „Ich beackere nur Themen, wo man für Grün werben muss“, sagt er zu seinem politischen Profil. *Michael Fritsch*

Air Berlin überfliegt FCL

Gegen Ende drehte der FC Landtag noch einmal mächtig auf. Die Erinnerung an frühere Aufeinandertreffen mit dem Team von Air Berlin, bei denen die Aufholjagd gelungen war, spornte die Männer um Präsident Günter Langen an. Aber alle Anstrengung nutzte nichts: Die Partie ging 2:4 verloren. Air Berlin legte gleich los und einige Scharfschüsse rauschten nur knapp über das von Carsten Herlitz souverän gehütete Tor. Die FCL-Abwehr mit Wolfgang Euteneuer, Jörg Krause, Dirk Schüttrumpf, Hans Zinnkann, Werner Sesterhenn und Jupp Föhles geriet einige Male ins Schwimmen. So wunderte es nicht, dass Air Berlin bald in Führung ging. FCL-Debütant Jan Vieweger war es, der das Heft nun in die Hand nahm. Oft holte er sich das Leder aus der eigenen Hälfte und startete seine At-

tacken, unterstützt von Ibi Filinte, Norbert Stiens und Stojan Petrov. Immer im Strafraum von Air Berlin die FCL-Sturmspitzen Willi Nowack und Werner Mayer. Letzterer bugsierte nach einer scharf gezogenen Flanke das Runde zum 1:1 in das Eckige. Das Spiel war nun ausgeglichen – umso ärgerlicher für den FCL, dass er vor dem Pausenpfiff wieder in Rückstand geriet. Auch nach der Pause hatte er Chancen zum Ausgleich, scheiterte jedoch immer wieder an dem großartig parierenden Keeper von Air Berlin. Mitte der zweiten Halbzeit führte eine Schwächephase des FCL zu zwei weiteren Gegentreffern. Nochmals mobilisierte die Mannschaft alle Kräfte, und Stojan Petrov schloss einen schönen Angriff mit einem Schuss in die lange Ecke ab. Fazit: Für den FCL war mehr drin. *Hans Zinnkann*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw) Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 24. Juni bis 1. September 2009

26.6. Röken, Wolfgang (SPD)	66
26.6. Rüttgers, Jürgen (CDU)	58
28.6. Link, Sören (SPD)	33
30.6. Billmann, Reimund (CDU)	65
2.7. Pick, Clemens (CDU)	62
7.7. Dr. Seidl, Ruth (Grüne)	56
11.7. Laumann, Karl-Josef (CDU)	52
12.7. Freimuth, Angela (FDP)	43
15.7. Giebels, Harald (CDU)	45
19.7. Wüst, Hendrik (CDU)	34
22.7. Stahl, Helmut (CDU)	62
23.7. Müller, Holger (CDU)	62
23.7. Stotz, Marlies (SPD)	50
26.7. Tüttenberg, Achim (SPD)	50
28.7. Hack, Ingrid (SPD)	45
29.7. Dr. Karthaus, Gero (SPD)	49
1.8. Thoben, Christa** (CDU)	68
4.8. Brüning, Hannelore (CDU)	67
9.8. Sagel, Rüdiger (fraktionslos)	54
10.8. Dr. Boos, Anna (SPD)	53
10.8. Krückel, Bernd (CDU)	45
18.8. Ruhkemper, Cornelia (SPD)	55
18.8. Dr. Pinkwart, Andreas** (FDP)	49
21.8. Freifrau von Boeselager, Ilka (CDU)	65
21.8. Jostmeier, Werner (CDU)	59
27.8. Meurer, Ulla (SPD)	54
28.8. Moron, Edgar (SPD)	68
29.8. Doppmeier, Ursula (CDU)	57
31.8. Trampe-Brinkmann, Thomas (SPD)	49
1.9. Möbius, Christian (CDU)	43

** Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Ehemalige Abgeordnete*

8.7. Scheel, Walter (FDP)	90
17.7. Dr. Möcklinghoff, Egbert (CDU)	85
18.7. Dorn, Wolfram (FDP)	85
18.7. Dr. Franke, Hans-Joachim (CDU)	70
19.7. Schreiber, Friedrich (SPD)	75
20.7. Reinecke, Donata (SPD)	65
21.7. Knierim, Herbert (CDU)	85
24.7. Dr. Düttmann-Braun, Renate (CDU)	65
31.7. Niggeloh, Lothar (SPD)	70
14.8. Reinhardt, Gudrun (CDU)	70
26.8. Dr. Möhrmann, Renate (CDU)	75
29.8. Blömer, Richard (CDU)	65
31.8. Dr. Krumtsiek, Rolf (SPD)	75

* besondere Geburtstage ab 65

Verstorben

28.5.2009, Wilfried Bergerhoff (SPD), MdL 1995-2000	72
29.5.2009, Konrad Grundmann (CDU) MdL 1954-1985	84

Landtagsandacht

Am 25.6.2009, um 9 Uhr, im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Im Visier der Stasi

„Feind ist, wer anders denkt“ – so lautet der Titel einer Wanderausstellung, die noch bis einschließlich 28. Juni 2009 in der Bürgerhalle des Landtags zu sehen ist. Dort informiert die Stasi-Unterlagen-Behörde über Geschichte, Struktur und Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit in der ehemaligen SED-Diktatur. Besucherinnen und Besucher erhalten Einblicke in die Biographien von Betroffenen, die in das Visier der Stasi geraten waren. Die Ausstellung klärt außerdem über die menschenverachtenden Methoden der Stasi auf und ordnet deren Wirkungsweisen in den historisch-politischen Kontext ein. Zur Eröffnung der Ausstellung am 9. Juni begrüßte Landtagspräsidentin Regina van Dinter die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Marianne Birthler, im Düsseldorfer Landesparlament. Van Dinter und Birthler riefen gemeinsam dazu auf, die Schicksale der Menschen in der SED-Diktatur nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Ausstellung ist montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr sowie samstags und sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Fotos: Schälte